

2010-07-01

Stadt Dessau-Roßlau

Zerbster Straße 4
06844 Dessau-Roßlau
Tel.: 0340/2040



Niederschrift

über die Sitzung des Haupt- und Personalausschusses am 10.06.2010

Sitzungsbeginn: 16:30 Uhr
Sitzungsende: 18:26 Uhr
Sitzungsort: Dessauer Versorgungs- und Verkehrsgesellschaft (DVV),
Albrechtstraße 48, Raum 411

Es fehlten:

Vorsitz

Koschig, Klemens, Oberbürgermeister vertreten durch Lothar Ehm

Fraktion der CDU

Kolze, Jens vertreten durch Frank Rumpf

Fraktion der SPD

Eichelberg, Ingolf vertreten durch Daniela Lütje

Fraktion Bürgerliste/DIE GRÜNEN

Giese-Rehm, Stefan vertreten durch Thomas Busch

Verwaltung

Hantusch, Joachim, Beigeordneter für
Wirtschaft und Stadtentwicklung

Öffentliche Tagesordnungspunkte

1. Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Einladung und der Beschlussfähigkeit

Die Sitzung des Haupt- und Personalausschusses wurde durch den Stellvertreter des Vorsitzenden, Herrn Ehm, eröffnet. Er stelle die ordnungsgemäße Ladung der Teilnehmer sowie die Beschlussfähigkeit des Gremiums (derzeit 6) fest.

2. Beschlussfassung der Tagesordnung

Die Beschlussfähigkeit erhöhte sich durch das Eintreffen weiterer Mitglieder des Ausschusses, so dass nunmehr 9 stimmberechtigte Mitglieder anwesend waren.

Als **Ergänzung zur Tagesordnung** meldete **Frau Beigeordnete Nußbeck** die Beratung der Erteilung eines Darlehens im nichtöffentlichen Teil der Sitzung (**TOP 8.4**) an.

Zum TOP 7.5 wurde an Herrn Bönecke als Einreicher die Frage gerichtet, ob er seine Vorlage angesichts des im Bauausschuss gefassten Beschlusses zurückzieht. Dies wurde von ihm verneint.

Die ergänzte Tagesordnung wurde bestätigt.

3. Genehmigung der Niederschrift vom 28.04.2010

Die Niederschrift der Sitzung vom 28.04.2010 wurde mit 3 Enthaltungen genehmigt.

4. Bekanntgabe der Beschlüsse nichtöffentlicher Sitzungen des Gremiums

Herr Ehm gab die im nichtöffentlichen Teil der letzten Haupt- und Personalausschusssitzung gefassten Beschlüsse bekannt. Diese waren

- die Beschlüsse zur Besetzung der Stellen des Amtsleiters für Kultur (Herr Vorjahns) sowie für Wirtschaftsförderung, Tourismus und Marketing (Frau Guth). Dazu wurde die Information gegeben, dass Herr Vorjahns Mitte August sein Amt antritt. Frau Guth leitete das Amt bisher amtierend.
- die Empfehlung zur Bestellung von Frau Doreen Eberle (verh. Rach) als Betriebsleiterin für den Eigenbetrieb DeKiTa. Die Bestellung erfolgte am 12.05. im Stadtrat.
- Der Haupt- und Personalausschuss fasste Beschlüsse zu Grundstücksangelegenheiten im Triftweg, in der Orangeriestraße/Ecke Mühlenstraße sowie im Industrie- und Gewerbegebiet Flugplatz sowie zu
- Infrastrukturmaßnahmen im Bereich der Gewerbegebiete DHW Rodleben und Industriehafen Roßlau.

5. Bekanntgabe und Begründung von Eilentscheidungen des Oberbürgermeisters

Frau Beigeordnete Nußbeck verwies auf den Tagesordnungspunkt 9.1, welcher einen Eilbeschluss beinhaltet.

6. Öffentliche Anfragen und Informationen

Mit dem Hinweis auf das zurzeit in der Jugendherberge stattfindende Europa-Camp gab **Herr Bönecke** die Anregung, ein oder zwei Jugendliche aus den Partnerstädten für eine Teilnahme zu werben. **Herr Beigeordneter Dr. Raschpichler** merkte an, es habe für das Europa-Camp erst eine Auftaktveranstaltung gegeben, aber noch keine Eröffnung. Diese wird im August stattfinden. Die Anregung werde natürlich aufgenommen und man werde gern an die Partnerstädte herantreten.

Des Weiteren stellte **Herr Bönecke** die Frage, ob es zutreffend ist, dass die Konzessionen für Envia Fernwärme Roßlau bis 2019 verlängert wurde und wenn ja, in welchem Gremium darüber informiert wurde.

Frau Beigeordnete Nußbeck führte aus, die Gestattungsverträge in Dessau sind ausgelaufen und sind ausgeschrieben, bisher hatte diese die DVV. Darüber wurde im Wirtschaftsausschuss informiert. Ausgeschrieben sind derzeit die Stromkonzessionsverträ-

ge Roßlau, Mühlstedt und Rodleben. In den nächsten Tagen erfolgt die Ausschreibung für Gas.

Der Vertrag Strom geht bis 2014 und läuft dann planmäßig aus. Es wurde eine Verlängerung vorgenommen, was aber rechtswidrig ist, da nicht entsprechend ausgeschrieben wurde. Die Stadtverwaltung habe die Verlängerung nicht anerkannt, dennoch werde investiert. Envia habe sich ordentlich beworben.

7. Beschlussfassungen

7.1 Neufassung der Friedhofssatzung für die kommunalen Friedhöfe der Stadt Dessau-Roßlau Vorlage: DR/BV/130/2010/II-EB

Die Vertreterin des Eigenbetriebes Stadtpflege, Frau Michaelis, gab eine Einführung in die Beschlussvorlage zur Neufassung der Friedhofssatzung und bezog sich dabei auf die anhängende Synopse. Auf die Nachfrage von Herrn Pätzold, ob die Satzung den Ortschaftsräten vorgelegen hat, bestätigte sie dies und merkte an, dass diese auch darüber abgestimmt haben. Ebenso wurde die Friedhofskommission beteiligt, ergänzte sie auf die Frage von Herrn Ehm.

Herr Schönemann erklärte, entsprechende Beteiligungen sollten im Anhang einer solchen Vorlage ersichtlich sein, weshalb er bat, dies künftig zu berücksichtigen.

Dem Entwurf der Neufassung der Friedhofssatzung wurde einstimmig dem Stadtrat zur Beschlussfassung empfohlen.

Abstimmungsergebnis: 9:0:0

7.2 Richtlinie zur Tagespflege in der Stadt Dessau-Roßlau Vorlage: DR/BV/027/2010/V-51

Zur Beschlussvorlage wurden ein Auszug aus der Niederschrift der Sitzung des Jugendhilfeausschusses sowie die entsprechenden Austauschblätter ausgereicht, in denen die beschlossenen Änderungen berücksichtigt wurden.

An Frau Förster, Leiterin des Jugendamtes, stellte Herr Schönemann die Frage, ob es in der Entwicklung absehbar ist, dass wieder Tagesstättenplätze geschaffen werden. Frau Förster bestätigte, dass tatsächlich im Land ein Aufwuchs zu verzeichnen ist, ob dies in Dessau-Roßlau auch der Fall ist, müsse man sehen.

Der Vorlage wurde einstimmig zugestimmt.

Abstimmungsergebnis: 9:0:0

7.3 Satzung über die Erhebung von Elternbeiträgen und Entgelten für die Inanspruchnahme von Kindertagespflege in der Stadt Dessau-Roßlau Vorlage: DR/BV/081/2010/V-51

Die Satzung über die Erhebung von Elternbeiträgen und Entgelten wurde dem Stadtrat einstimmig zur Beschlussfassung empfohlen.

Abstimmungsergebnis: 9:0:0

7.4 Projekt "Jugend trifft Politik" Vorlage: DR/BV/178/2010/I-GSB

Frau Marlen Ködelpeter, deren Einsatz für ein Freiwilliges Soziales Jahr im politischen Leben im Gleichstellungsbüro in der Zeit vom September 2009 bis August 2010 erfolgt, stellte das durch sie erarbeitete Konzept für das Projekt „Jugend trifft Politik“ vor. Ansinnen der Beschlussvorlage sei es, die Fraktionen des Stadtrates zu gewinnen, dieses Projekt zu unterstützen.

Eingehend auf Fragen der Mitglieder des Haupt- und Personalausschusses, erläuterte Frau Ködelpeter, dass mit Unterstützung des Schulverwaltungsamtes, Frau Wendeborn, die Schulen angesprochen werden. Zielgruppen des Projektes sind die 7. bis 9. Klassen. Es müssen jedoch nicht nur Klassenverbände, es können auch andere Jugendgruppen die Angebote nutzen. Nach Beendigung ihres Sozialen Jahres werde es auch einen Nachfolger geben, erwiderte Frau Ködelpeter auf die Nachfrage von Herr Schönemann, welche Angebote es über das Jahr in den Stadtquartieren gebe. Herr Schönemann sprach eine Einladung nach Kleinkühnau aus, um im Ortschaftsrat die unterschiedlichen Interessenlagen sondieren zu können.

Herr Dr. Neubert merkte an, angesichts der Laufzeit sehe er die Vorlage vorrangig als Information an, um eine Einbindung auch zu ermöglichen. Unterstützung werde jedoch zugesagt.

Der Vorlage wurde einstimmig zugestimmt.

Abstimmungsergebnis: 9:0:0

7.5 Änderungsantrag zur Stellplatzablöse Vorlage: DR/BV/207/2010/PDR

In seiner Einführung wies **Herr Bönecke** darauf hin, dass sich die Parksituation am Kristallpalast durch das Bauvorhaben nicht ändern wird. Des Weiteren halte er die gegenwärtige und auch die neu zu erarbeitende Stellplatzablösesatzung als Hemmnis für die wirtschaftliche Entwicklung stadtweit. Man sollte die Satzung nochmals intensiv und gänzlich neu angehen.

Ferner erachte er es als erforderlich, bei dem Erlass von Stadtrecht in der Beratungsfolge grundsätzlich den Haupt- und Personalausschuss aufzunehmen.

Wie bereits im Bauausschuss dargelegt, seien die Absätze 2 und 3 in den Satzungen gleich lautend. Wenn das Fachamt aussagt, dass auch nach der alten Stellplatzablösesatzung ein Erlass möglich war, führt dies den Widerspruch des OB ad absurdum, deshalb bleibe Herr Bönecke bei seinem Antrag.

Herr Dreibrodt bat, Herrn Meister, Leiter des Bauordnungsamtes, das Wort zu erteilen. Dieser habe die Thematik im Bauausschuss anschaulich dargelegt, so dass es dort auch zu einer einstimmigen Entscheidung gekommen ist.

Herr Meister gab eine ausführliche Darstellung zur Stellplatzsatzung mit dem Hinweis auf § 85 der BauO LSA und Begründung zur Notwendigkeit einer Stellplatzablösesatzung für die Genehmigung von Bauanträgen. Das Bauordnungsamt benötigt diese zur Erteilung von Baugenehmigungen. Er plädiere ausdrücklich dafür, da dennoch alle Möglichkeiten offen sind.

An den Grundsatz der Gleichbehandlung erinnerte **Herr Busch**. Er habe z. B. in Dessau-West investiert und sich an die Stellplatzsatzung gehalten.

Wenn im Ausschuss die klare Aussage kommt, dass nach neuer und alter Satzung ein Erlass zulässig ist, ist es eine Frage des Umgangs mit dem Investor und allen Stadträten, wenn es in die Satzung explizit hineingeschrieben wird, könne er seine Vorlage zurückziehen, erklärte **Herr Bönecke**. Dann wäre der Widerspruch des OB gegenstandslos.

Dazu merkte **Herr Meister** an, es geht nicht um den Widerspruch des OB. Das Rechtssamt habe eine umfangreiche Begründung gegeben. Es geht um die Satzung im Allgemeinen, in der steht, die Zahl der notwendigen Stellplätze ist zu erhöhen und zu mindern, „wenn die besonderen örtlichen Verhältnisse, die Sicherheit und Leichtigkeit des Verkehrs oder die besondere Art der Nutzung der baulichen Anlage dies erfordern oder gestatten.“ Es gebe sicherlich Spielraum, dennoch könne keine Genehmigung erteilt werden, wenn letztendlich ein Verkehrschaos eintritt, egal, was in der Satzung steht.

Die Stadt braucht Rechtssicherheit, führte **Herr Busch** aus. Der Stadtrat habe zweimal mehrheitlich entschieden, dass die Stellplatzablösesatzung außer Kraft gesetzt wird, der OB ist in Widerspruch gegangen.

Dies bestätigend, ergänzte **Herr Dreibrodt**, wenn zum Widerspruch eine Entscheidung des Landesverwaltungsamtes vorliegt, habe man immer noch die Möglichkeit, aufgrund der neuen Satzung neu zu entscheiden. Dieses Steuerungsinstrument dürfe nicht aus der Hand gegeben werden.

Nach dem Einwand von Herrn Bönecke bezüglich des Zeitpunktes der Erstellung der Satzung wies **Herr Meister** darauf hin, dass es einen exakten Zeitplan und eine Termischiene gibt. Das Problem sei, dass mit der aktuellen Beschlusslage nicht die Satzung, sondern deren Offenlage beschlossen wird. Daran schließen sich noch die Abwägung und Entscheidung an, so dass es zeitlich gesehen dringlich ist.

Dies war auch die Situation im Bauausschuss, bestätigte Herr Schönemann. Die Mitglieder hätten der Verwaltung einen Vertrauensvorschuss gegeben und achten darauf, dass es keine Anti-Lex Kristallpalast wird.

Weitere Wortmeldungen lagen nicht vor und Herr Ehm brachte den Beschlussantrag zur Abstimmung.

Die Vorlage wurde abgelehnt.

Abstimmungsergebnis: 3:6:0

13. Schließung der Sitzung

Der stellvertretende Vorsitzende des Haupt- und Personalausschusses schloss die Sitzung.

Dessau-Roßlau, 17.11.10

Oberbürgermeister Klemens Koschig
Vorsitzender Haupt- und Personalausschuss

E. Baumer
Schriftführerin